

Eine Chance zum Geldsparen verpasst?

Grüne wollten Zahl der Ratsmitglieder reduzieren

bim. Hollenstedt. Hat die Samtgemeinde Hollenstedt eine Chance verpasst, Geld zu sparen? So sehen es jedenfalls die Grünen der Samtgemeinde Hollenstedt. Mit Bedauern hätten sie zur Kenntnis genommen, dass die für Dienstag der Vorwoche geplante Ratssitzung Corona-bedingt abgesagt werden musste. „Wir hatten einen mündlichen Antrag in der vorgesehenen Sitzung geplant“, berichtet Fraktionsvorsitzende Christiane Melbeck. „Wir halten eine Verringerung der Anzahl der Mitglieder im Samtgemeinderat um vier Sitze für richtig“, so der Inhalt. Die Grünen nennen als Gründe folgende Punkte:

Die Verwaltung habe in einer Vorlage zum Thema darauf hingewiesen, dass die „Möglichkeit der Verringerung der Zahl der Ratsfrauen und Ratsherren“ vom „Landesgesetzgeber bereits vor vielen Jahren ausdrücklich auf Wunsch der Parteien angesichts der Probleme bei der Gewinnung von Kandidaten geschaffen“ wurde. Diese Regelung habe aber auch den Nebeneffekt einer Kostenersparnis, z.B. bei Aufwandsentschädigungen, ggf. Sitzungsgeld und kleineren, günstigeren Sitzungsräumen.

Bei einer Verringerung um vier Sitze betrage die Ersparnis ca. 6.800 Euro jährlich, für die

gesamte Periode ca. 34.000 Euro.

„Aus unserer Sicht spricht noch ein weiterer Gesichtspunkt für eine Reduzierung: In Samtgemeinden, auch in der Samtgemeinde Hollenstedt, sind nur bestimmte Aufgaben von den Mitgliedsgemeinden auf die Samtgemeinde übertragen, andere verbleiben in der Zuständigkeit der Mitgliedsgemeinden. Folglich verfügt der Samtgemeinderat Hollenstedt über deutlich weniger Entscheidungskompetenzen als der Gemeinderat einer Einheitsgemeinde vergleichbarer Größe.“

Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) differenziere die Anzahl der Abgeordneten nach Einwohnerzahl, nicht aber nach Aufgabenumfang einer Samt- oder Einheitsgemeinde.

„In Verbindung mit oben genannten Aspekten sollte in der Samtgemeinde Hollenstedt dieser geringeren Zuständigkeit Rechnung getragen werden, denn weniger kommunale Entscheidungen führen auch zu weniger Aufwand“, erläutert Melbeck.

Doch aufgrund der unvorhergesehenen Absage des Sitzungstermins und des Fristablaufs würde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nun auf eine Antragstellung zur Reduzierung der Ratsmandate verzichten.